Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/10591

05. 05. 98

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr (15. Ausschuß)

1. zu dem Antrag der Abgeordneten Gila Altmann (Aurich), Albert Schmidt (Hitzhofen), Helmut Wilhelm (Amberg) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/7526 –

Für eine zukunftsfähige Verkehrspolitik I: Eine umfassende Revision des Bundesverkehrswegeplans ist dringend erforderlich

2. zu dem Antrag der Abgeordneten Gila Altmann (Aurich), Albert Schmidt (Hitzhofen), Helmut Wilhelm (Amberg) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/7527 –

Für eine zukunftsfähige Verkehrspolitik II: Verkehr gestalten statt Verkehrschaos verwalten

A. Problem

Zu 1.

Die Antragsteller gehen davon aus, daß der 1992 erarbeitete Verkehrswegeplan gescheitert ist. Als reiner Infrastrukturplan habe er bewirkt, daß immer mehr Straßenkapazität geschaffen worden sei und er daher ein Verkehrssystem hervorgebracht habe, welches zu hohen ökologischen Schäden und Folgekosten führe. Bei der Auswahl der Projekte unterblieben bereits auf Länderebene Netzbetrachtungen und verkehrsträgerübergreifende Planungen. Raumordnerische Aspekte blieben unbeachtet. Die dem Bundesverkehrswegeplan zugrundeliegenden Prognosedaten seien veraltet und fehlerhaft. Sie würden darüber hinaus in unzulässiger Weise verallgemeinert und dienten fast ausschließlich dazu, den Aus- und Neubau von Fernstraßen zu rechtfertigen. Zudem sei der Plan unfinanzierbar. Es fehle der Zusammenhang zwischen Finanz- und Verkehrsplanung. Von Anfang an sei klar gewesen, daß die für den Zeitraum 1991 bis 2012 erforderlichen 538,8 Mrd. DM für Erhalt, Ausbau und Neubau von Verkehrswegen nicht aufzubringen seien.

Zu 2.

Der Antrag geht davon aus, daß der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur weitgehend abgeschlossen sei. In der Vergangenheit seien die Finanzmittel für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur unkoordiniert und einseitig zugunsten des Straßenausbaus eingesetzt worden. Dies müsse abgelöst werden durch ein umwelt- und sozialverträgliches Verkehrssystem, orientiert am Leitbild einer dauerhaft umweltgerechten Mobilität. Die verschiedenen Handlungsebenen Verkehrspolitik, Raumordnung, Städtebau sowie Wirtschaft und Gesellschaft müßten im Rahmen dieses Konzepts miteinander verbunden und zu einem Verkehrsgestaltungsplan zusammengeführt werden. Im Gestaltungsplan sollen geeignete Schritte zur Erreichung dieser Ziele festgelegt werden. Ziel dieses Gestaltungsplanes soll es sein, die Mobilität zu sichern und den Verkehrsaufwand gleichzeitig nicht zu erhöhen, die Reduktion aller Emissionen und Einschränkung des Flächenverbrauchs sowie die Verkehrssicherheit zu verbessern. Auf dem Gebiet der Verkehrspolitik soll dieses Ziel unter anderem dadurch erreicht werden, daß bis zum Jahr 2010 eine Halbierung des Autoverkehrs und eine Vervierfachung des Eisenbahnverkehrs angestrebt wird.

B. Lösung

Ablehnung der Anträge.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag „Für eine zukunftsfähige Verkehrspolitik I: Eine umfassende Revision des Bundesverkehrswegeplans ist dringend erforderlich" – Drucksache 13/7526 – abzulehnen,
2. den Antrag „Für eine zukunftsfähige Verkehrspolitik II: Verkehr gestalten statt Verkehrschaos verwalten" – Drucksache 13/7527 – abzulehnen.

Bonn, den 4. März 1998

Der Ausschuß für Verkehr

Dr. Dionys Jobst	**Horst Friedrich**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Horst Friedrich

I.

Die Anträge der Abgeordneten Gila Altmann (Aurich), Albert Schmidt (Hitzhofen), Helmut Wilhelm (Amberg) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksachen 13/7526, 13/7527 – wurden in der 211. Sitzung vom 12. Dezember 1997 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Verkehr sowie zur Mitberatung an den Ausschuß für Wirtschaft, den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung sowie an den Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus überwiesen. Der Antrag „Für eine zukunftsfähige Verkehrspolitik II: Verkehr gestalten statt Verkehrschaos verwalten" – Drucksache 13/7527 – wurde darüber hinaus auch an den Finanzausschuß überwiesen.

Der **Finanzausschuß** hat in seiner 97. Sitzung vom 11. Februar 1998 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag – Drucksache 13/7527 – abzulehnen.

Der **Ausschuß für Wirtschaft** hat in seiner 77. Sitzung vom 4. März 1998 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS empfohlen, die Anträge abzulehnen.

Der **Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Anträge in seiner 67. Sitzung vom 15. Januar 1998 beraten. Er hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS empfohlen, den Antrag auf Drucksache 13/7526 abzulehnen. Er hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 13/7527 abzulehnen.

Der **Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau** hat in seiner 70. Sitzung vom 11. Februar 1998 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, die Anträge abzulehnen.

Der **Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner Sitzung vom 4. März 1998 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS bei Enthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, die Anträge abzulehnen.

Der **Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus** hat in seiner Sitzung vom 11. Februar 1998 mit den Stimmen der Fraktion der CDU/CSU gegen die

Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD und Abwesenheit der Fraktion der F.D.P. sowie der Gruppe der PDS empfohlen, die Anträge abzulehnen.

Der **Ausschuß für Verkehr** hat die Anträge in seiner 67. Sitzung vom 4. März 1998 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS bei Enthaltung der Fraktion der SPD, die Anträge – Drucksachen 13/7526, 13/7527 – abzulehnen.

II.

Bei den Ausschußberatungen führten die Antragsteller aus, daß die beiden Anträge unterschiedliche Zielsetzungen hätten und infolgedessen geteilt worden seien. Der erste Antrag habe die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans 1992 (BVWP '92) zum Hintergrund. Hier sei zu kritisieren, daß der BVWP lediglich eine Zusammenstellung von Wünschen sei, aufgeteilt nach Vordringlichem und Weiterem Bedarf und keinen Finanzierungsplan beinhalte. Zum zweiten sei das Bewertungsverfahren (Kosten-Nutzen-Analyse) nicht mehr zeitgemäß und fehlerhaft. Insbesondere würden die ökologischen Folgekosten des Verkehrs unterbewertet. Daraus ergäben sich die Forderungen, daß alle Projekte nochmals überprüft und neu bewertet werden sollten. Eine Forderung, die auch der Bundesrechnungshof im Zusammenhang mit der Abstufung paralleler Bundesstraßen gestellt habe. Da weiterhin davon ausgegangen werden müsse, daß der finanzielle Rahmen des Verkehrshaushaltes sich auch künftig verschlechtern werde, sei im zweiten Antrag ein Konzept entwickelt worden, das die ökologischen, wirtschaftlichen und finanziellen Belange miteinander kombiniere und harmonisiere. Die zentrale Forderung sei, daß eine Gesamtplanung nötig sei, die besonders auch eine Netzbetrachtung beinhalte und nicht nur den Blick auf einzelne Straßen- oder Schienenprojekte richte.

Die **Koalitionsfraktionen** haben die Anträge abgelehnt. Der Geltungszeitraum des BVWP '92 sei wegen seiner Bedeutung als erster gesamtdeutscher Bundesverkehrswegeplan mit 22 Jahren mehr als doppelt so lang wie sein Vorgänger. Dem längeren Geltungszeitraum entsprechend umfasse der Plan auch ein größeres Maßnahmevolumen, das es abzuarbeiten gelte. Eine Fortschreibung des BVWP '92 vor Anfang des nächsten Jahrzehnts sei daher wenig sinnvoll und auch nicht erforderlich, da die im geltenden Verkehrswegeplan zugrunde gelegten verkehrs- und investitionspolitischen Ziele der Bundesregierung weiterhin Bestand hätten. Im Gegenteil sei die Fortschreibung des BVWP bereits zum jetzigen Zeitpunkt im wesentlichen kontraproduktiv. Der Spielraum für neue Maßnahmen sei wegen des großen Umfangs der indisponiblen Bedarfsbereiche minimal. Der Finanzrahmen würde entweder zu einer weiteren Ausweitung des Geltungszeitraumes oder zu einer Reduzierung des Investitionsvolumens und damit der Anzahl der Maßnahmen führen, die im Vordringlichen Bedarf eingestellt werden könnten. Zudem könnten verkehrspolitische Ziele, für die in der Vergangenheit Konsens bestanden habe, wie die besondere Förderung der Schiene und der Investitionsvorrang für die neuen Bundesländer, in die Diskussion geraten und gegebenenfalls in Frage gestellt werden.

Zu der Aufforderung, ein umwelt- und sozialverträgliches Verkehrssystem zu schaffen, sei zu sagen, daß die Bundesregierung im Rahmen ihrer ökologisch und ökonomisch orientierten Verkehrspolitik auf die weitere Verbesserung der Leistungsfähigkeit und der Umweltverträglichkeit des Verkehrssystems setze. Mit dieser Zielsetzung habe sie eine Vielzahl von ordnungspolitischen, investitionspolitischen und technischen Maßnahmen auf den Weg gebracht, die in erster Linie der weiteren Effizienzsteigerung und der Vernetzung der Verkehrsträger zugute kämen.

Die **Fraktion der SPD** machte deutlich, daß sie zum jetzigen Zeitpunkt eine Revision des BVWP nicht für günstig halte, auch wenn es einzelne Projekte gebe, die bereits heute herausgenommen werden könnten. Im Anschluß an die nächste Bundestagswahl wolle die Fraktion der SPD eine Neuauflage des BVWP erstellen, wobei die verkehrsträgerübergreifende Konzeption einer realistischen Planung unterworfen werde, um auch die Finanzierung so darzustellen, daß sie im Bereich der Machbarkeit und nicht der Phantasie liege.

Für Wunschdenken werde die Forderung gehalten, bis zum Jahr 2010 eine Halbierung des Autoverkehrs und eine Vervierfachung des Eisenbahnverkehrs zu erreichen. Daß im Bereich des Güterverkehrs 50% des LKW-Aufkommens auf die Bahn verlagert werden könne, sei unrealistisch. Wünschenswert sei dagegen, daß zumindest der Zuwachs an LKW-Aufkommen auf die Schiene, auf Küsten- oder Binnenschiffe gebracht werden könne und dann innerhalb des vorhandenen Güterverkehrs eine Reduktion erreicht werde. Im übrigen bereite die Fraktion der SPD selbst einen Antrag zum Thema „Stauvermeidung und Umweltschonung durch eine effiziente Verkehrspolitik" vor. Im Ergebnis bedeute dies, daß die Fraktion sich der Stimme enthalten werde.

Die **Gruppe der PDS** sieht den Grund dafür, daß bisher ein neuer Plan nicht vorgelegt worden sei darin, daß der aktuelle BVWP noch mehr als alle früheren Pläne aus dem Ruder laufe. Keine der vorhergesagten Verkehrsverlagerungs- und Verkehrsvermeidungsstrategien habe Wirkung gezeigt. Im Gegenteil sei eine Steigerung des Auto- und Luftverkehrs eingetreten. Die Ziele, die für die Schiene und die Binnenschiffahrt festgelegt worden seien, würden in keiner Weise erreicht.

Bonn, den 4. März 1998

Horst Friedrich

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333